

Verwaltung

10. Dezember 2023

Nun haben wir ja in Deutschland eine sehr umfangreiche Bürokratie. Verwaltung und Behörde sind den meisten Deutschen kein Fremdworte.

Wenn nun so ein ganz neues Leben beginnt, ganz zu Beginn, haben die meist stolzen Eltern die absolute Pflicht, dieses soeben geborene Menschenwesen beim Standesamt zu melden. Ein erster Verwaltungsakt im Leben eines Menschen.

Womit dann aber auch klar ist, dass ebendiese Behörden nicht nur Kenntnis erlangt haben von diesem einen neuen Menschenleben, sondern auch von all den anderen tausenden Babies, die in dieser Zeit geboren wurden.

Immer wieder verblüffend ist es, das dann sechs Jahre später, immer im Sommer, festgestellt wird, dass diese Kinder dann in Schulen drängen, die offenkundig völlig überrascht werden von der Anzahl der einzuschulenden Kinder. Schulen sind ja ebenfalls Teil eines größeren Verwaltungsapparates (Schulbehörden bis hin zum Kultusministerium). Daseinberechtigung diese Behörden ist es unter anderem, dafür zu sorgen, dass die Kinder angemessen ausgebildet werden.

Sicherlich gibt es da gewisse Varianzen, wenn die Eltern des vor einiger Zeit geborenen Kindes evtl. ausreisen ins Ausland, bevor das Kind in ein schulpflichtiges Alter kommt, und diese Kind einfach mitnehmen. Zumindest fällt es dann aus dem deutschen Schulsystem heraus. Evtl. ein Glückfall für das Kind und deren Eltern? Grundsätzlich geschieht eine solche längere Ausreise aus Deutschland ja auch mit Kenntnis der Behörden. So dass nach der standesamtlichen Anmeldung eines Neugeborenen Eltern und Kind aus der Liste der demnächst schulpflichtigen Kinder weggestrichen werden kann bei der Einwohnermeldebehörde.

Umgekehrt reisen ja auch Menschen ein nach Deutschland. Auch in diesen Fällen gibt es eine behördliche Registrierung. Der Eltern. Und der Kinder. Jedes Mal auch mit dem Geburtsdatum, was zumindest im Falle der Kinder ja auch noch nicht so lange zurückliegt.

Unter Umständen kann es da auch eine kleine Dunkelziffer geben bei nicht registrierten Personen. Doch werden diese auch nicht als allererste am Schultor stehen und ihre Kinder durch unsere Pädagogen ausbilden lassen wollen.

Umzüge innerhalb der Republik werden ebenfalls über die Einwohnermeldeämter exakt registriert. Geographisch präzise Aussagen über die Menge an Erwachsenen und deren Kinder sind daher für jeden Ort jederzeit möglich.

Es ist offenkundig, wie äußerst präzise sich die Menge der Schüler an jedem Ort in Deutschland vorhersagen ließe.

Damit betreten wir das Reich der Konjunktive.

Seit vielen Jahren erscheinen Meldungen, wie überrascht man auf Verwaltungsebene, und zwar auch auf den höchsten Verwaltungsebenen, also zum Beispiel auf der Ebene der Kultusministerkonferenz, vom Missverhältnis der Lehrer und Schüler ist.

Mathematisch wirklich hochpräzise lässt sich natürlich nur die Menge der zu erwartenden Schüler bestimmen. In den meisten Fällen sechs Jahre im Voraus, also der Zeit zwischen der registrierten Geburt und dem Einschulungstermin. Durchaus ein zeitlicher Rahmen, in dem sich die dazu angemessene Menge an Lehrkräften locker ausbilden ließen. Auch die Maßnahmen, mit denen sich Gymnasiasten zur Ausbildung zum Lehrer motivieren ließen, wären in diesen Zeiträumen möglich. Relativ präzise sind die Zahlen der zur Verfügung stehenden Lehrer darstellbar. Berechenbar werden die in der Ausbildung stehenden Lehrer fertig. Und auch die älteren Lehrer werden mit Sicherheit irgendwann pensioniert, wobei sich dies nicht

auf ein Jahr exakt beziffern lässt. So kann man eine 58jährige hochqualifizierte Lehrkraft keine 20 Jahre mehr einplanen. Doch gibt es sehr präzise Zahlenwerke, mit welchem Durchschnittsalter sich die Lehrer in den vergangenen Jahren haben pensionieren lassen und wie die aktuelle Tendenz zum Pensionsalter ist. Auch der durchschnittliche Krankenstand ist bekannt. In jedem Unternehmen der freien Wirtschaft wird dies alles berücksichtigt, um den Personalbedarf zu planen. Nur bei den Lehrern offenkundig nicht.

Vergangenes Jahr, 2022, fehlten 24.000 Lehrkräfte. Dieses Jahr hat man noch mal nachgerechnet und es fehlen plötzlich 68.000 Lehrer. Nach derselben Kalkulation gibt es einen Bedarf von über 80.000 Lehrkräften bis 2035, bezogen auf den Status quo in den Schulen. Mit bereits beschlossenen Reformen wie dem Ganztagsanspruch oder der Inklusion rechnet man mit 160.000 fehlenden Lehrerinnen und Lehrer. Jetzt so, ganz plötzlich? In einem Land, in dem jeder (zukünftige) Schüler und jeder Lehrer akribisch erfasst ist?

Hier der zugehörige Artikel in einem seriösen Magazin:

<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/kultusminister-rechnen-neu-lehrkraefte-luecke-deutlich-groesser-als-gedacht-a-80573c36-0877-4f43-ab2d-878319f308da>

Diese Zahlen wurden auf der Kultusministerkonferenz vom 8. Dezember 2023 präsentiert.

Nachdem die deutschen Schüler beim aktuellen Pisa-Test jämmerlich abschnitten und nach dem vorherigen Pisa-Debakel nochmals deutlich schlechter abschnitten. Denn – als Grund für dieses Abschneiden wurden auch das Fehlen von pädagogischen Fachkräften festgestellt.

Anstatt nun seit Jahren und mit aller Kraft diesen seit ebenso vielen Jahren bekannten Missstand zu beseitigen, beschränkt man sich auf sämtlichen Verwaltungsebenen darauf, das Problem zu verwalten.

Überall auf der Welt werden Probleme gelöst. In Deutschland werden sie nur noch verwaltet.

Natürlich lassen sich nicht sämtliche Probleme des deutschen Bildungssystems durch eine Erhöhung der Lehrermenge beseitigen. Da liegt auch viel bei den Schülern selbst, dem Umfeld, in dem sie aufwachsen, den Eltern, die evtl. beide berufstätig sind, der Freizeit, die wesentlich durch mobile Endgeräte bestimmt wird und damit die Konzentrationsfähigkeit herabsetzt sowie weiteren Faktoren, die keinesfalls im Verantwortungsbereich der Lehrer zu suchen wären.

Beim Blick auf marode Schulen ist der Begriff Renovierungstau bereits als Euphemismus zu verstehen. Die oftmals nicht vorhandene Digitalisierung, die dann den Begriff Investitionstau plastisch macht, macht vollends nachvollziehbar, warum nicht nur die Schüler nicht gerne dorthin gehen, sondern auch junge Menschen, die als Lehrer in Frage kommen, sich eher andere berufliche Ziele stecken.

Wenn die (angehenden) Lehrer dann konfrontiert werden mit steigenden Geburtenzahlen, weiterer Zuwanderung sowie die zusätzlichen Anforderungen an Schule im Zusammenhang mit der Inklusion, dem Ausbau des Ganztagsangebots und der Sprachfördermaßnahmen, dabei auch noch den Teil der erzieherischen Arbeit übernehmen sollen, den die Eltern nicht hinbekommen haben und von diesen Eltern dann auch noch ständig mit juristischen Klagen bedroht werden, wenn das vermeintlich hochbegabte Kind eine andere Note als mindestens eine glatte Eins erhält, dann trägt das nur begingt zur Heiterkeit im Beruf bei.